

Ausschuss für kommunale Entwicklungszusammenarbeit im RGRE

Bericht

über die Arbeit des Ausschusses für kommunale Entwicklungszusammenarbeit des RGRE für die Sitzung des Präsidiums des RGRE vom 26. – 27. April 2017 in Berlin

Seit der letzten Sitzung des Präsidiums der Deutschen Sektion des RGRE am 17. und 18. Oktober 2016 in Hannover tagte der Ausschuss für kommunale Entwicklungszusammenarbeit (AKEZ) zwei Mal, am 23. und 24. November 2016 in der Landeshauptstadt Düsseldorf sowie am 13. und 14. März 2017 im Kreis Steinfurt.

Beide Sitzungen erfreuten sich einer sehr hohen Resonanz der benannten Mitglieder und der ständigen Gäste. Vor sehr unterschiedlichem Erfahrungshorizont entwickelt sich erneut eine partiübergreifend diskutierende und agierende engagierte Gruppe. Entsprechend hoch ist das Interesse der nationalen Institutionen (BMZ, EG, GIZ) am aktiven Austausch mit dem Ausschuss. Dies trägt zu einer besseren Wahrnehmung der Kommunen als gleichberechtigte Partner bei.

Angesichts der Vielzahl von Tagungen und Projekten, die im Bereich der KEZ insbesondere durch die Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (SKEW) angeboten werden, konzentriert sich der Ausschuss auf seine Rolle als politisches Gremium und Koordinator der verschiedensten Akteure. In diesem Rahmen stehen regelmäßig Berichte von BMZ, Engagement Global (EG) und der Gesellschaft für internationale Zusammenarbeit (GIZ) über kommunalrelevante Aktivitäten auf der Tagesordnung sowie Berichte von Kommunalvertreter/innen, die ihre Kommune oder ihren Verband in Gremien dieser Organisationen vertreten.

Darüber hinaus erhält die gastgebende Kommune jeweils die Gelegenheit, über eigene ausgewählte Aktivitäten zu berichten.

Trotz der ungewöhnlich hohen Beteiligung der Ausschussmitglieder an den Sitzungen, haben teilweise auch offiziell benannte Mitglieder Schwierigkeiten, ihre Reisekosten von der Entsenderkommune ersetzt zu bekommen. Der Ausschuss kann zu einer Verbesserung der Akzeptanz nur beitragen, indem er die Zahl der Reiseanlässe und den realen Mehrwert für die Kommune in ein erkennbar positives Verhältnis zum Nutzen setzt. Insgesamt muss darüber nachgedacht werden, wie der RGRE stärker die Aktivitäten seiner Ausschüsse sichtbar und nutzbar für die Mitgliedskommunen macht.

Sitzung des AKEZ am 23. und 24. November 2016 in Düsseldorf

Hauptthemen der Sitzung waren Deutsch-Palästinensische Partnerschaften, die Agenda 2030 und das Arbeitsprogramm 2017.

Partnerschaften zwischen deutschen und palästinensischen Kommunen:

Während rund 100 Partnerschaften zwischen deutschen und israelischen Kommunen existieren, gibt es bisher lediglich acht Kommunal- und Projektpartnerschaften zwischen deutschen und palästinensischen Städten. Thema war, wie Kommunen durch Städtediplomatie gerade in spannungsreichen Regionen in der Welt ein Miteinander schaffen können.

RGRE/DST-Musterresolution „2030-Agenda für nachhaltige Entwicklung: Nachhaltigkeit auf kommunaler Ebene gestalten“

Die Resolution ist inzwischen von 57 Kommunen unterzeichnet worden. Thema war, wie weitere Kommunen in diesem Feld aktiviert werden können.

Arbeitsprogramm 2017

Schwerpunktthemen der Sitzungen 2017 waren oder sind „berufliche Bildung in der EZ“, „Umgang mit Partnerkommunen in repressiven Staaten“, „Urbane Agenda“, „COP23“ und „Fluchtursachen/Möglichkeiten zirkulärer Migration“. Außerdem bestand der Wunsch, gelegentlich das Thema „Schulpartnerschaften“ wieder aufzunehmen.

Der Vorstand wurde beauftragt, gemeinsam mit Mitgliedern des Programmbeirates der SKEW sowie mit Vertretern des DST Arbeitskreises Internationale Angelegenheiten aus Anlass des 5jährigen Bestehens von Engagement Global eine Stellungnahme zur Arbeit von EG zu formulieren. Dieser „Zwischenruf“ wurde im Februar zeitnah zum Jubiläums-Festakt von den Hauptgeschäftsführern der kommunalen Spitzenverbände sowie vom Generalsekretär des RGRE unterschrieben.

Sitzung des AKEZ am 13. und 14. März 2017 in Kreis Steinfurt

Schwerpunktthemen dieser Sitzung waren „berufliche Bildung in der Entwicklungszusammenarbeit (EZ)“, „Umgang mit Partnerkommunen in repressiven Staaten“, „kommunale Rolle im Rahmen der COP23“.

Die Akzeptanzschwierigkeiten dualer, nicht-akademischer Bildung in Entwicklungsländern aber zunehmend auch in Deutschland waren Ausgangspunkt der Behandlung des Themas. Kommunen haben eine Rolle nicht nur als Ausbildungsort sondern auch als Meinungsbildner und Vernetzer. Behandelt wurde, inwieweit Kommunen dieses Themenfeld stärker in kommunale Partnerschaften einbinden können.

Umgang mit Kommunen aus repressiven Staaten im Rahmen partnerschaftlicher Beziehungen.

Am Beispiel der Partnerschaft München/Harare (Simbabwe) wurde insbesondere die Bedeutung der Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen Organisationen hervorgehoben, wenn beispielsweise Bürgermeister oder gewählte Stadträte von Regierungsparteien suspendiert werden. München hat

zeitweilig offizielle Kontakte ausgesetzt und sich erste Regeln für ein Zusammenwirken gegeben. Auf besonderes Interesse stieß das Modell zum Erfahrungsaustausch bzw. Weiterbildung von Kommunalpolitiker/innen aus der Partnerkommune.

Kommunale Beteiligung am Weltklimagipfel „COP 23“ im November 2017 in Bonn.

Im Zentrum der Berichterstattung standen dabei die vom 11. bis 13. November von ICLEI koordinierten Cities Days mit dem am 12. November stattfindenden „2017 Bonn Climate Dialogs of Local and Regional Governance“.

Darüber hinaus befürworten die Teilnehmer/innen des Fachausschusses die Entsendung eines/einer Kommunalvertreter/in in die offizielle Delegation der Bundesregierung.

Arbeitsgruppen

Die Beteiligung an den vier Arbeitsgruppen war sehr unterschiedlich. Die Arbeitsgruppe „Fluchtursachen und Migration“ traf sich jeweils mit 90% ihrer Mitglieder und hat eine Reihe von Ideen und ersten Ergebnissen vorgelegt. Hier zeigt sich, dass eine offene interne Diskussionsmöglichkeit besonders den Bedürfnissen der Kommunalpolitiker/innen entspricht und zu neuen Lösungsansätzen führt.

Die Arbeitsgruppe „Trilaterale Partnerschaften“ musste teilweise ersatzweise auf Telefonkonferenzen zurückgreifen.

Zwei weitere Arbeitsgruppen konnten Termenschwierigkeiten nicht überwinden. Die Aufgabenstellungen der Arbeitsgruppen „Agenda 2030“ und „Strukturen und Rahmenbedingungen“ wurden daher an den Ausschussvorstand zurückgegeben.

Weitere Arbeit

Der Ausschuss beschloss, künftig zusätzlich zu den zwei formellen Sitzungen einen Workshop gemeinsam mit der SKEW zu veranstalten, um einzelne Themen gemeinsam voranzubringen.

Workshops der SKEW bieten neben der Übernahme des organisatorischen Aufwandes auch den Vorteil einer möglichen Reisekostenerstattung durch die SKEW. Möglichst noch in 2017 soll ein Workshop zum Thema „Kommunalpolitiker/innen als Mittler/innen für kommunale EZ“ stattfinden. Für 2018 besteht die Idee, unter Einbeziehung anderer Sektionen des CEMR das Thema „Auswirkungen der europäischen Wirtschaftspolitik auf die Entwicklung des globalen Südens“ in einem solchen Rahmen zu diskutieren.

Rahmenbedingungen

Im erfolgreichen Zusammenspiel von RGRE, den kommunalen Spitzenverbänden und staatlichen Akteuren ist es gelungen, die Zahl der deutschen Kommunen, die in der kommunalen Entwicklungs-

zusammenarbeit (KEZ) aktiv sind, seit 2012 von 198 auf 522 Kommunen im Jahr 2016 zu steigern. Das dafür zur Verfügung gestellte Budget des BMZ ist ebenfalls seit 2012 von 4,5 Mio. Euro auf 19 Mio. Euro 2017 gestiegen. Ziel des BMZ ist es, die Anzahl der Kommunen, die sich in der EZ engagieren, auf 1000 zu steigern.

In Zusammenarbeit mit der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (SKEW), DST und RGRE wurde für die Zeichnungskommunen der Agenda 2030- Resolution am 02. November 2016 ein Vernetzungstreffen veranstaltet. Das zweite Vernetzungstreffen ist vom 11. – 12. Mai 2017 geplant. Im Rahmen des ersten Vernetzungstreffens wurde behandelt, wie die im Rahmen der Agenda 2030 vereinbarten „Sustainable Development Goals (SDGs)“ auf kommunaler Ebene umgesetzt werden können, weiter wurden die Zeichnungskommunen mit einer Urkunde gewürdigt. Schwerpunktthema der zweiten Vernetzungsveranstaltung ist die Einbettung aller Zeichnungskommunen in ein Gemeinschaftsprojekt der kommunalen Spitzenverbände, des Difu, der Bertelsmann-Stiftung und des Bundesamtes für Bauwesen und Raumordnung (BBSR) Ziel ist, bestehende Indikatorensysteme für nachhaltige Entwicklung auf internationaler, europäischer, nationaler, regionaler und kommunaler Ebene zu scannen und sie auf ihre kommunale Relevanz hin zu überprüfen. Anspruch ist, dass die Indikatoren sowohl den Bedarfen auf kommunaler Ebene gerecht werden als auch gleichzeitig ein-speisbar sind in das internationale SDG- System der Vereinten Nationen.

Die 5. Sitzung des AKEZ findet vom 21. – 22. September 2017 in Sindelfingen statt.

DR, 7.4.2017